REZENSIONEN

Geschlechterparität und Quoten in der Politik weltweit

BEATE HOECKER

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt Geschlechterparität in der Politik nach wie vor in weiter Ferne. Auch wenn es Ausnahmen gibt, sind Frauen weltweit in nationalen Parlamenten wie Regierungen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Insofern kann es nicht verwundern, dass das wissenschaftliche Interesse an der politischen Repräsentation von Frauen ungebrochen ist. Dazu gehören auch die beiden aktuellen Publikationen, die aus komparativer Sicht die parlamentarische Repräsentation von Frauen bzw. Geschlechterquoten in der Politik beleuchten.

Das von *Marian Sawer, Manon Tremblay* und *Linda Trimble* herausgegebene Buch **Representing Women in Parliament** vergleicht die Repräsentation von Frauen in Australien, Kanada, Neuseeland und Großbritannien, da diese Länder dem Westminster Modell zuzurechnen sind. In der Einleitung erläutern die Herausgeberinnen die Gemeinsamkeiten, nämlich „representative democracy, responsible parliamentary government and strong party discipline" (2), und zeigen in einem knappen Überblick Vor- und Nachteile für die Repräsentation von Frauen auf.

Die beiden anschließenden Hauptteile folgen der erstmals von der Politikwissenschaftlerin Hannah Pitkin 1967 eingeführten Unterscheidung von *descriptive representation* („standing for") sowie *substantive representation* („acting for"). Die vier Länderstudien zur *descriptive representation* analysieren insbesondere den Einfluss des Wahl- und Parteiensystems auf die politischen Erfolgschancen von Frauen, sowie die Bedeutung der Frauenbewegung wie der öffentlichen Meinung für die weibliche politische Repräsentation. Insgesamt ergibt sich hier jeweils ein sehr informatives und differenziertes Bild der länderspezifischen Repräsentation von Frauen, das bekannte Zusammenhänge weitgehend bestätigt. So sind Frauen beispielsweise in Ländern mit einem reinen Mehrheitswahlrecht (Kanada und Großbritannien) schlechter repräsentiert als in denjenigen mit einer proportionalen Komponente (Australien und Neuseeland).

Im Teil zu *substantive representation* steht hier die keineswegs neue, aber nach wie vor aktuelle Frage im Mittelpunkt: „what difference women make in parliament and by what methods this difference can be established" (15). Innerhalb der Länderstudien nimmt die durchweg skeptische Auseinandersetzung mit der Theorie der kritischen Masse hier jeweils einen breiten Raum ein. Die facettenreichen Argumente gegen die Annahme, dass Frauen erst eine größere Minderheit (ca. 30%) im Parlament stellen müssen, um Fraueninteressen wirkungsvoll vertreten zu können, sind mehrheitlich nachvollziehbar und stellen zweifellos eine Bereicherung der theoretischen Diskus-

sion dar. Darüber hinaus werden allerdings sehr unterschiedliche Operationalisierungen gewählt, um die Repräsentation von Fraueninteressen festzustellen, was eine vergleichende Analyse erschwert.
In Teil III wird ein interessanter Perspektivenwechsel vorgenommen, denn hier stehen „neue" parlamentarische Vertretungen im Zentrum, die gleichfalls auf dem Westminster-Modell basieren. Am Beispiel der regionalen Parlamente von Schottland, Wales, Nordirland und Nunavut werden unterschiedliche Wege aufgezeigt, „in which women have organized to build their concerns into the foundations of new poltical institutions" (21).
Im vergleichend angelegten Schlusskapitel schließlich unternimmt *Jennifer Curtin* den Versuch, hinsichtlich der formalen und inhaltlichen Repräsentation von Frauen Gemeinsamkeiten wie Unterschiede zwischen den Ländern herauszustellen. Da jedoch ein klares theoretisches Analyseraster fehlt, sind ihre Ausführungen recht unsystematisch und erlauben letztendlich auch keine Generalisierungen. Insofern finden sich in diesem Sammelband zwar überaus interessante Fallstudien mit einer Fülle an gesicherten empirischen Daten zur parlamentarischen Repräsentation von Frauen, doch dem Anspruch einer *comparative study* wird der Band nicht gerecht.
Um einen bedeutsamen Teilaspekt der politischen Repräsentation von Frauen, nämlich Geschlechterquoten, geht es in dem von *Drude Dahlerup* herausgegebenen Sammelband **Women, Quotas and Politics**. Die Tatsache, dass immer mehr Staaten in allen Teilen der Welt dieses Instrument eingeführt haben, ist für Dahlerup Anlass, um Voraussetzungen, Modalitäten und Wirkungen von Quoten in der Politik erstmals umfassend aus vergleichender Sicht zu analysieren. Einbezogen werden dabei nicht einzelne Länder, sondern insgesamt sieben Regionen, „because they represent interesting cases in the use of gender quotas" (22). Im Einzelnen handelt es sich um die Nordischen Staaten, Lateinamerika, Subsahara-Afrika, die Balkanstaaten, die Arabische Region, Westeuropa, Nordamerika, Australien und Neuseeland (the „West") sowie Südasien.
Vor dem Hintergrund aktueller theoretischer Debatten wie empirischer Befunde konkretisiert die Herausgeberin in der Einleitung ihr spezifisches Forschungsinteresse. Im Mittelpunkt stehen danach *electoral quotas*, also Quoten, die sich auf den Wahlvorgang beziehen. Dahlerup gibt hier eine klare Definition vor und unterscheidet zudem in Bezug auf den Rekrutierungsprozess sowie die institutionelle Verankerung verschiedene Typen von Quoten (*aspirant quotas, candidate quotas, reserved-seat quotas*).
Auf der Basis dieser begrifflichen Klärungen entwickelt Dahlerup einen Katalog an Forschungsfragen. Ein Schwerpunkt liegt demzufolge auf den jeweiligen *quota discourses*, das heißt den spezifischen Pro- und Contra-Argumenten hinsichtlich der Einführung von Quoten in der Politik. Darüber hinaus werden drei weitere, ihrer Ansicht nach oftmals vernachlässigte Bereiche fokussiert: „the types of quota systems in use, the implementation or lack of implementation of quotas and questions of the consequences of introducing quotas" (23).

Die AutorInnen der einzelnen Kapitel folgen konsequent den terminologischen wie inhaltlichen Vorgaben der Herausgeberin, was zu einer großen Kohärenz zwischen ansonsten doch sehr verschiedenen Kapiteln beiträgt. So verdeutlichen die einzelnen Regionalstudien hinsichtlich der Diskurse um Quoten, der konkreten Ausgestaltung von Quotensystemen sowie deren Wirkungen erhebliche Unterschiede. Die Nordischen Staaten und Westeuropa beispielsweise haben den so genannten *incremental track* gewählt, also auf eine graduelle Erhöhung des Frauenanteils in der Politik gesetzt; damit verbunden ist eine Präferenz für Parteiquoten statt gesetzlich vorgeschriebener Quoten. Im Unterschied dazu ist für die Länder Lateinamerikas der so genannte *fast track* typisch. Hier wird argumentiert, dass es nicht ausreichend sei, vorrangig die politischen Ressourcen von Frauen zu stärken, um eine bessere parlamentarische Repräsentanz zu erreichen. Vielmehr müsse der Gesetzgeber verbindliche Quoten vorschreiben, um das Problem der Unterrepräsentation möglichst schnell zu lösen.
Der dritte Teil des Buches präsentiert schließlich drei kürzere Fallstudien. Die erste bezieht sich auf Geschlechterquoten in Post-Konflikt-Staaten (Osttimor, Afghanistan, Irak). Als Gemeinsamkeit wird klar herausgestellt, dass im Zuge der Nationenbildung für die Einführung von frauenfördernden Maßnahmen sowohl eine Unterstützung durch die nationalen Frauenbewegungen als auch seitens internationaler Akteure erforderlich ist. Im Unterschied dazu fallen die zwei weiteren Fallstudien aus der Systematik des Buches heraus. Wenn der Fokus ausschließlich auf Regionen liegt, warum dann ein extra Länderkapitel für Indonesien? Entsprechendes gilt für die Interparlamentarische Union (IPU), die als internationale Organisation im Kontext des Buches vollständig deplatziert ist.
Den Abschluss des Sammelbandes bilden zwei zusammenfassende Kapitel. *Richard Matland* konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Häufigkeit der verschiedenen Quoten in Abhängigkeit von Demokratieformen und Wahlsystemen und nennt Bedingungen für einen effektiven Einsatz von Quoten. Demgegenüber fokussiert Dahlerup Übereinstimmungen zwischen den Regionen hinsichtlich der Debatten um die Einführung von Quoten und beleuchtet abschließend den Zusammenhang von Geschlechterquoten, Empowerment und Demokratie. So erhellend die zusammenfassenden Ausführungen in den Schlusskapiteln auch sind, eine vergleichende Analyse, warum Staaten Quoten einführen und wovon deren Erfolg abhängig ist, stellen sie nicht dar. Dafür fehlt auch diesem Sammelband ein angemessener theoretischer Analyserahmen.
Beide Sammelbände bieten somit informative und gut recherchierte Länder-/Regionalstudien zu Fragen der parlamentarischen Repräsentation von Frauen. Der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn bleibt jedoch insgesamt eher gering, denn letztendlich belegen die Ergebnisse die bekannte Tatsache, dass die politische Partizipation wie Repräsentation von Frauen abhängig ist von institutionellen, kulturellen und sozioökonomischen Faktoren. Welche Interdependenzen aber *zwischen* diesen Faktoren bestehen, ob der politischen Kultur hier das größte Gewicht zukommt, das müssen

zukünftige Forschungen in einer nationalen wie international vergleichenden Perspektive klären.

Marian Sawer, Manon Tremblay, Linda Trimble (Hg.), 2006: Representing Women in Parliament. A comparative study, London, New York: Routledge, 278 S., ISBN 978-04-15393164.

Drude Dahlerup (Hg.), 2005: Women, Quotas and Politics. London, New York: Routledge, 312 S., ISBN 978-04-15375498.

Frauen in Parlament und Regierung

BRITTA JALLERAT-JABS

Trotz innerparteilicher Quotenregelungen oder Frauen fördernder Zielvorgaben, sogar wenn es Frauen zuweilen gelingt, bis in die höchsten politischen Ämter vorzudringen – sie bleiben nach wie vor in nahezu allen Bereichen des politischen Lebens unterrepräsentiert. Selbst da, wo quantitative Parität durch reglementierende Maßnahmen herbeigeführt wird, liegt letztlich die effektive Machtausübung überwiegend in männlicher Hand. So der Befund zweier Studien, die sich mit der Thematik Frauen in der Politik befasst und diese auf methodologisch unterschiedliche Weise beleuchtet haben.

Silke Kinzigs umfassende Studie **Auf dem Weg zur Macht?** geht systematisch vergleichend auf Ursachen und Hintergründe der Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem ein. Der erste Teil der Studie versteht sich als eine Länder vergleichende Bestandsaufnahme von den Anfängen weiblicher Partizipation an Legislative, Exekutive und Judikative bis in die Gegenwart. Umfangreiches, gründlich recherchiertes Zahlenmaterial ist hier in leicht lesbarer Form dargestellt, Grafiken und Abbildungen veranschaulichen gebündelt die wichtigsten Daten. Die besondere Aufmerksamkeit der Verfasserin gilt dabei der Aufdeckung und Erklärung der zum Teil unerwarteten Unterschiede: Der prozentuale Anteil von Parlamentarierinnen erweist sich zum Beispiel auf nationaler Ebene in Deutschland als doppelt so hoch wie in den USA. Dies steht in Zusammenhang mit einem höheren Grad an staatlicher Institutionalisierung der deutschen Frauenbewegung, was die grundsätzliche Frage der Effizienz eines *feminism from above* aufwirft, zu dem beispielsweise auch Quotenregelungen zählen.
Teil zwei der Studie setzt sich mit Faktoren auseinander, die für den immer noch zu geringen Anteil von Frauen in der Politik verantwortlich sind. Tatsächlich bewahrheitet sich für beide Länder das häufig vorgebrachte Argument, es gebe nicht genug weibliche Kandidaten, die für die Übernahme politischer Ämter bereit stünden. Kinzig untersucht im Folgenden drei verbreitete Thesen zur Erklärung des chronischen Mangels an Kandidatinnen. Während zum Beispiel die These eines unzureichenden

Rüstzeugs bei Frauen aufgrund ihres vermeintlich niedrigeren Bildungsstands in der Gegenwart nicht mehr standhält, stellt sich die sogenannte Abkömmlichkeitsthese weiterhin als durchaus stichhaltig heraus: Viele Frauen fühlen sich nach wie vor, und selbst dann, wenn sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, weitgehend für den privaten Bereich und insbesondere für die Kindererziehung zuständig, wodurch sie in einer entscheidenden Phase ihrer Biografie für die Übernahme öffentlicher Aufgaben nicht zur Verfügung stehen. Überzeugend zeigt die Verfasserin in diesem Zusammenhang auf, in welchem Maße der Sozialisationsprozess in den von ihr untersuchten Ländern immer noch durch traditionell-geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen gekennzeichnet ist.

Im dritten und letzten Teil des Buches werden schließlich die einzelnen Stationen betrachtet, die KandidatInnen zu durchwandern haben, wenn sie sich für eine politische Laufbahn entscheiden. Hierzu untersucht die Verfasserin die Rolle der Parteien im Rekrutierungssystem, wobei ein ausführliches Unterkapitel der Frage von Quotenregelungen gewidmet ist. Weiterhin fragt sie nach der Darstellung von PolitikerInnen in den Medien, dem Einfluss von Wahlsystemen und zeichnet schließlich das WählerInnenverhalten in den beiden betrachteten Ländern nach. Diesbezüglich gelangt sie zu dem erfreulichen Ergebnis, dass in der Regel Chancengleichheit zwischen Kandidatinnen und ihren männlichen Konkurrenten besteht. Die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Ämtern erklärt sich also in erster Linie aus einem Mangel an Kandidatinnen und nicht etwa daraus, dass WählerInnen prinzipiell männlichen Kandidaten den Vorzug geben würden.

Vor dem Hintergrund dieses detaillierten und empirisch fundierten Werkes empfiehlt sich das auf Einzelfallanalysen beruhende Buch **Frauen in der Politik. Spielregeln des politischen Geschäfts** von *Amalia Sdroulia* als ergänzende Lektüre. Die Autorin hat im Zeitraum Dezember 2001 bis Februar 2002 sechs qualitative Leitfadeninterviews mit weiblichen Abgeordneten der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* im Niedersächsischen Landtag durchgeführt. Dabei erweist sich allerdings die den Informantinnen zugesicherte Wahrung ihrer Anonymität als problematisch: In Anbetracht der präzisen zeitlichen und (zu Analyse- und Demonstrationszwecken unnötigen) geographischen Angaben lässt sich in mindestens zwei Fällen die Identität der jeweiligen Politikerin ohne großen Aufwand ermitteln.

Sdroulia beschäftigt sich in ihrer Untersuchung mit der Frage, inwieweit Quotenregelungen tatsächlich zur Machtverschiebung zugunsten von Frauen beitragen. Die Grünen bieten sich für diese Fragestellung als diejenige Partei an, in der das Prinzip der paritätischen Quote am konsequentesten eingehalten wird, wo die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen also auf den ersten flüchtigen Blick verwirklicht scheint.

Tatsächlich betrachten sich Sdroulias Informantinnen über die zahlenmäßige Parität bei den Grünen insofern als gleichberechtigt, als sie sich hier keinen geschlechtsspezifischen Ressortzuweisungen ausgesetzt sehen. Jenseits dieser formalen Gleichheit werden allerdings Unterschiede wahrgenommen: So seien zum Beispiel auch

„grüne“ Männer – im Gegensatz zu Frauen – in Seilschaften organisiert und – anders als ihre Kolleginnen – strategisch an einer langfristigen Karriereplanung orientiert. Frauen seien einerseits gezwungen, ihre Emotionalität zu unterdrücken und sich männlichem Konfliktverhalten anzupassen; andererseits erwarte man von ihnen, dass sie sich fürsorglich um ein gutes Klima in der Partei bemühen. Sdroulia sieht hier androzentrische Strukturen und schlussfolgert, dass letztendlich traditionelle Geschlechterrollenzuweisungen auch bei den Grünen nicht überwunden seien. Besonders deutlich wird dies bei dem Thema Familie: Es ist mit Sicherheit nicht als Zufall zu bewerten, wenn fünf von sechs interviewten Politikerinnen angeben, bereits erwachsene Kinder zu haben, oder aber auf Familiengründung bewusst zu verzichten. Während Hausarbeit auch an Partner delegiert wird, macht der Gleichheitsanspruch vor Erziehungsaufgaben und mütterlicher Fürsorge halt.

In einem zweiten Teil ihrer Untersuchung geht es der Autorin darum, durch systematische Analyse der einzelnen Interviews die jeweiligen Anpassungs- bzw. Durchsetzungsstrategien der befragten Politikerinnen aufzudecken. Sdroulia würde sicher Kinzig zustimmen, die Wert darauf legt, sich sowohl von einem eher in den USA anzutreffenden Gleichheitsfeminismus („Frauen können das auch“) als auch von dem in Deutschland verbreiteten Unterschiedsfeminismus („Frauen können das auch, machen es aber anders“) zu distanzieren. Kinzig zufolge ergibt es wenig Sinn, Frauen und Männer zu einer jeweiligen Einheit zusammenzufassen und verallgemeinernde Aussagen über die Vertreter des einen oder anderen Geschlechts zu treffen, da weder innerhalb der Gruppe der Frauen noch innerhalb der Gruppe der Männer Gleichheit bestehe. Genau dies führt uns Sdroulia am Beispiel der unterschiedlichen Handlungslogiken ihrer Interviewpartnerinnen vor.

Bei der Auswertung der Einzelinterviews ist Sdroulia mit kategorischen Urteilen etwas (vor)schnell bei der Hand. So meint sie beispielsweise, Informantinnen „Selbstverlust“, „gefährdete Selbstachtung“ (120), „mangelnde Selbstakzeptanz“ oder ein „brüchiges Persönlichkeitsbild“ (75) bescheinigen zu können. Ruft man sich den Umfang des vorliegenden Materials in Erinnerung – sechs Interviews, deren Dauer zwischen 40 und 95 Minuten beträgt – scheint skeptische Distanz gegenüber den Schlussfolgerungen erlaubt, wobei sich die Autorin der subjektiven Komponente ihrer Vorgehensweise allerdings bewusst ist und diese auch unzweifelhaft erkennen lässt: Ihre bei qualitativer Herangehensweise begrüßenswerte Einbringung der eigenen Person in die Analyse der gewonnenen Daten drückt sich stilistisch durch unübersehbare Verwendung der ersten Person Singular aus.

Beide Bücher stellen die Frage nach der Wirksamkeit eines *feminism from above*: Kann Gleichberechtigung verordnet werden? Am Beispiel der Quote wird deutlich, dass Frauen fördernde Reglementierungen durchaus ein nötiges und nützliches Instrument darstellen, Frauen zur Machtteilhabe zu verhelfen. Beide Autorinnen führen aber auch den nach wie vor hemmenden Faktor sozialisationsbedingter rollenspezifischer Prägung an. Gesellschaftlich vermittelte Schuldgefühle bei Nichterfüllung vermeintlich ausschließlicher Mutterpflichten wiegen immer noch schwerer als ide-

elle Überzeugung. Kinderlosigkeit als Antwort darauf erscheint als ein auf Dauer individuell und gesamtgesellschaftlich gesehen entschieden zu hoher Preis.

Silke Kinzig, 2007: Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden: VS Verlag, 278 S., ISBN 3-521-15334-X.

Amalia Sdroulia, 2007: Frauen in der Politik. Spielregeln des politischen Geschäfts. Marburg: Tectum Verlag, 135 S., ISBN 978-3-8288-9144-9.

Interessen und Normen in der Entwicklung von EU-Geschlechterpolitik

GABRIELE ABELS

Theorie- und prozessorientierte Policy-Studien liegen in der feministischen EU-Forschung bislang kaum vor. Diesem Desiderat begegnen zwei neue Studien. Sie wählen dabei zwar unterschiedliche empirische Felder, methodische Zugänge und Theorieperspektiven – kommen jedoch teils zu übereinstimmenden oder komplementären Erkenntnissen über Governance-Strukturen in der EU.

The Price of Gender Equality von *Anna van der Vleuten* betrachtet die Evolution der EU-Gleichstellungspolitik als ein dreifaches theoretisches Puzzle: Erstens sei sie – im Unterschied zur sonstigen EU-Sozialpolitik – weit entwickelt. Zweitens handele es sich vorrangig um regulative Politik, was dem Deregulierungsdiktum des neoliberalen Binnenmarktprojekts widerspricht. Drittens sei das Ozillieren zwischen Phasen des Fortschritts und Stillstands erklärungsbedürftig.

Van der Vleuten betrachtet Staaten als zentrale Akteure für die Produktion und Implementation von Regeln auf innerstaatlicher und EU-Ebene. Daneben spielen Identitäten für die Herausbildung von nationalen Interessen eine Rolle. Staaten als rationale Akteure präferieren „billige" Policies. Die Gleichstellungspolitik aber sei für sie aber letztlich sowohl ökonomisch als ideologisch, d.h. hinsichtlich der Anpassung an bestehende Geschlechterregime und ordnungspolitische Normen, teuer gewesen. Sie untersucht in den Kapitel 2 bis 5 mit äußerster Akribie und aufgrund hervorragender historischer Quellen die Entwicklung der Gleichstellungspolitik. Dabei stellt sie jeweils die hochgradig verflochtenen Policy-Prozesse auf supranationaler sowie auf nationaler Ebene – am Beispiel Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Niederlande – dar. Diese Auswahl vernachlässigt leider die skandinavischen Staaten, die – wie zahlreiche andere Studien zeigen – seit ihrem Beitritt 1995 in erheblichem Maße die Gleichstellungspolitik mitgeprägt haben.

Die historische Analyse befördert allerlei Neues zutage. So sei die Diskussion um gleiche Frauenlöhne, schließlich kodifiziert in Art. 119, ein zentraler Aspekt der

grundlegenden Debatte um Liberalisierung und soziale Harmonisierung eines gemeinsamen Marktes bei den Verhandlungen zum EWG-Vertrag von 1957 gewesen. Für die 1970er Jahre zeichnet sie auf, was Alison Woodward später als „velvet triangle" bezeichnet hat: ein Policy-Netzwerk aus *femocrats* in den EU-Institutionen, frauenpolitischen Bewegungen und NGOs sowie Expertinnen. Diesem Netzwerk ist die Entstehung erster Gleichstellungsrichtlinien der EG zu verdanken. Der Stillstand der 1980er Jahre wird mit einem Bumerang-Effekt erklärt, insofern in der dritten Phase die Richtlinien in den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden und die Realisierung der ökonomischen Kosten zu einer Zurückhaltung gegenüber weitergehenden Schritten führte. Die Implementation sei dabei vielfach nur auf Druck von AkteurInnen auf der nationalen und der supranationalen Ebene, insbesondere als Reaktion auf zahlreiche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zustande gekommen. Bemerkenswert an der letzten und vierten Phase, 1992-2005, ist die Etablierung der sog. Sozialpartner, d.h. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, als neue Akteure in der EU-Sozialpolitik sowie die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Während sich das korporatistische Arrangements als wenig frauenfreundlich erwiesen hat, konnte das Parlament einzelne Richtlinien entscheidend verbessern.
Van der Vleuten resümiert, dass ökonomische Kosten Vorreiterstaaten dazu veranlassen, eigenen Normen auf der supranationalen Ebene durchsetzen zu wollen, um so Anpassungserfordernisse zu vermeiden und Wettbewerbsnachteile zu minimieren. Wenn supranationale Politik kostenneutral erscheint, dann ist eine Zustimmung der Mitgliedstaaten wahrscheinlicher. Daneben waren vielfach die ideologischen Kosten einflussreich. So war zeitweise die ausgeprägte Gleichheitsideologie in Frankreich förderlich, während die ordnungspolitische Fixierung auf die Tarifautonomie in Deutschland hinderlich war, um hierzulande geschlechterpolitisch motivierte Eingriffe zu veranlassen.
Um kontroverse Normen und ihre Wirkungen auf staatliche Politik geht es auch in **Trafficking in Women in the European Union** von *Birgit Locher* – eine beeindruckende theoriegeleitete und -entwickelnde Fallstudie über ein bislang kaum erforschtes Politikfeld. Locher fragt, warum die EU erst seit Mitte der 1990er Jahre Policies im Bereich Frauenhandel entwickelt. Dabei hatte sich auf internationaler Ebene bereits seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich ein „anti-trafficking regime" etabliert und die einschlägigen internationalen Konventionen wurden von der Mehrzahl der heutigen EU-Mitgliedstaaten mit unterzeichnet. Lochers zentrales theoretisches Argument ist, dass das Auftauchen und die Konsolidierung von EU-Policies in diesem Feld nicht von Interessen, sondern von Normen angetrieben wurden. Sie will zeigen, welche Normen wann, wie und unter welchen Bedingungen wirksam werden und schlägt zu diesem Zweck einen gendersensiblen konstruktivistischen Theorieansatz vor, der sich methodologisch stark auf eine Diskursanalyse stützt. Ferner bedient sich Locher in der theoretischen Werkzeugkiste der Policy- und der sozialen Bewegungsforschung. Ihrer empirisch reichhaltigen chronologischen Be-

schreibung der Entwicklung des Politikfeldes liegt dabei stets ihr analytischer Fokus zugrunde.

Locher identifiziert drei Faktoren, um die Revitalisierung der internationalen Norm gegen Frauenhandel durch die EU zu erklären: Erstens, Policy-Akteure; dabei rekurriert sie auf das Konzept der „velvet triangles" von Woodward. Zweitens kommt „frames", also der Rahmung des Policy-Problems Frauenhandel eine entscheidende Rolle zu, denn die historische Perspektive zeigt hier erhebliche Veränderungen und Verschiebungen. Während Frauenhandel anfangs auf der Grundlage der sich international etablierenden Normen von Antisklaverei und Geschlechtergleichheit begründet wurde, fand später ein Reframing im Kontext der Debatte um Gewalt gegen Frauen und Frauenrechte als Menschenrechte statt. Drittens sind politische Gelegenheitsstrukturen zentral, allen voran die institutionelle „Ausstattung" der EU sowie internationale Ereignisse. So veränderten sich mit dem Fall der Mauer die Gelegenheitsstrukturen für die Implementation der Anti-Frauenhandelsnorm.

Die UN-Konferenz zu Menschenrechten (Wien 1993) sowie die 4. UN-Weltfrauenkonferenz (Peking 1995), auf der der Antidiskriminierungsansatz durch einen Ansatz von Frauenrechten ersetzt wurde und zudem ein Diskurs zu Gewalt gegen Frauen Fuß fasste, haben die Diskussion auf der EU-Ebene entscheidend beeinflusst. Die Jahre 1993-1995 können somit als „take-off-stage" (207) für die nachfolgende Revitalisierung der internationalen Norm im EU-Rahmen betrachtet werden. Im Gefolge des Amsterdam-Vertrages sei nun, so Locher, seit 2000 eine weitere Konsolidierung und vollständige Reaktivierung der Anti-Frauenhandelsnorm festzustellen. Abermals waren hierfür internationale Entwicklungen relevant; sie nennt die Aktivitäten um die Nachfolgekonferenz (Peking+5) und das UN-Protokoll von 2000 gegen Menschenhandel. Bei diesen Aktivitäten brach jedoch der alte Konflikt zwischen liberalen und abolitionistischen Positionen zu Prostitutionen durch, der die Debatte um Frauenhandel von Anfang an entscheidend prägte. Die Auseinandersetzung auch zwischen frauenpolitischen Akteuren um die „richtige" Position zu Prostitution brach offen aus und verminderte deren Einfluss auf internationaler Ebene.

Die Studie zeigt das Zusammenwirken von Normentwicklung, -diffusion und -implementation zwischen internationaler und regionaler Ebene. Sie erklärt, warum, in welcher Weise und unter welchen Bedingungen die Entwicklung stattfand. Die drei Faktoren – Akteure, „frames" und Gelegenheitsstrukturen – werden zwar in der feministischen EU-Forschung immer wieder hervorgehoben, hier werden sie jedoch zu einem kohärenten Theorieansatz zusammengefügt und aufeinander bezogen.

Für beide Studien gilt, dass sie durch die klare Argumentationsstruktur, knappe Zusammenfassungen der zentralen Ergebnisse am Ende eines jeden Kapitels sowie zahlreiche Schaubilder stets gut lesbar und verständlich sind. Sie identifizieren, bei aller Unterschiedlichkeit der theoretischen Ausgangspunkte, gemeinsame Faktoren europäischen Regierens: institutionelle Strukturen einerseits und frauenpolitische AkteurInnen – ob innerhalb oder außerhalb der nationalen oder EU-Institutionen – andererseits. Policy-Frames und der Rekurs auf etablierte Normen erweisen sich

als strategische Ressourcen auch ansonsten schwacher Akteure, die hierdurch auf die Herausbildung nationaler und supranationaler Präferenzen Einfluss nehmen können. Beide Studien bieten damit theoretische Anknüpfungspunkte, um die Hypothesen in weiteren Policy-Studien zu verfolgen.

Birgit Locher, 2007: Trafficking in Women in the European Union. Norms, Advocacy-Networks and Policy-Change. Wiesbaden: VS Verlag, 440 S., ISBN 978-3-8100-3907-1.

Anna van der Vleuten, 2007: The Price of Gender Equality. Member States and Governance in the European Union. Aldershot: Ashgate, 210 S., ISBN 978-0-7546-4636-5.

Kathrin S. Zippel

The Politics of Sexual Harassment. A Comparative Study of the United States, the European Union, and Germany

EVA BUCHHOLZ

Welche Faktoren sind für unterschiedliche nationale Herangehensweisen in Gesetzgebung, ArbeitgeberInnenpolitik und Implementierung von Policies zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz verantwortlich? Warum fungierten die USA als Vorreiterin in der Politisierung des Themas in der EU und ihren Mitgliedsstaaten? Was sind die jeweiligen Konsequenzen bezüglich der Implementierung der entsprechenden Policies am Arbeitsplatz in Deutschland und in den USA? Dies sind die zentralen Fragen der Studie von Katrin S. Zippel.

Die institutionenbezogene politikwissenschaftlich-soziologische Analyse untersucht Policyformulierung und -implementierung diverser AkteurInnen (staatliche Institutionen, ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenverbände, zivilgesellschaftliche Organisationen, ausgewählte Unternehmen und Betroffene, etc.). Zippel stützt sich auf Material, das sie in extensiver Recherchearbeit zwischen 1994 und 2005 in diversen Archiven sowie in 91 persönlich und telefonisch durchgeführten Interviews mit relevanten AkteurInnen erhoben hat.

Sie weist darauf hin, dass die kulturell begründeten Vorstellungen darüber, was sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz konstituiert, in den USA und den Mitgliedstaaten der EU sehr unterschiedlich ausfallen – auch innerhalb der EU. Dennoch lassen sich Policy-Unterschiede zwischen den USA und Deutschland nicht einfach auf unterschiedliche sexuelle Kulturen, wie die vermeintliche US-amerikanische Prüderie, zurückführen, sondern haben, so Zippel, insbesondere mit dem Zusammenspiel von AkteurInnen und institutionellen Strukturen zu tun. So entwickelte sich in den USA ausgehend von einer feministischen *grassroots*-Bewegung, die das Thema bereits seit dem Civil Rights Act von 1964 auf die politische Agenda gebracht hatte, in den 1980er Jahren das Case Law, welches sexuelle Belästigung im Kontext der

Chancengleichheit von Frau und Mann verhandelte und einen Raum schuf, in dem ArbeitgeberInnen *workplace policies* gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz entwickelten, um sich vor teuren Klagen zu schützen (politics of fear). Im Gegensatz zu den USA sah die EU sexuelle Belästigung hingegen nie als Verletzung der Chancengleichheit von Frau und Mann, sondern vielmehr als Verletzung der Würde von ArbeitnehmerInnen, was sich auch in Deutschland im Beschäftigtenschutzgesetz von 1994 niederschlug. Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen behandelten sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz folglich als Machtmissbrauch und Konflikt unter ArbeitnehmerInnen, was weitaus weniger effektive Implementierungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und tatsächlichen Rechtsschutz der Opfer zur Folge hat (politics as usual). Zippel analysiert diese Unterschiede vor allem in Hinblick auf die Rahmenbedingungen des Institutionengefüges: in den USA erfolgte die Policy-Formulierung auf rechtlich-regulativem Weg (Gerichtsurteile), in der EU auf bürokratisch-expertenbezogenem Weg (transnationale Netzwerken) und in Deutschland auf gesetzlich-korporatistischem Weg (Gleichstellungsbeauftragte).

Im ersten Kapitel gibt Zippel einen Überblick über die Thematik sowie die rechtlichen Definitionen und Begrifflichkeiten. Der Entwicklung der Policy-Formulierung in den USA, der EU und Deutschland wird je ein eigenes Kapitel gewidmet. Kapitel fünf vergleicht die Auswirkung der nationalstaatlichen Politik auf *workplace policies* in den USA und in Deutschland. Hier wird besonders deutlich, welche Auswirkungen die unterschiedliche Handhabung von sexueller Belästigung für die Betroffenen haben. Während männliche Angestellte in den USA auf „charm schools" geschickt werden, wo sie nicht-sexualisiertes „gutes" Verhalten lernen sollen, Gerichte und Gleichstellungsbehörden die Konstruktion der individuellen Klagemöglichkeit als „legal threat" am Leben erhalten und eine ganze Industrie an UnternehmensberaterInnen und Gender Consultants hervorgebracht wurde, gibt es in deutschen Unternehmen noch immer keine oder nur unzureichende Monitoring- und Implementierungsmaßnahmen. Auch Gerichtsentscheidungen führten bislang zu keinem Umdenken, da an diese keine schwerwiegenden Strafgelder beziehungsweise kompensatorische Maßnahmen gekoppelt sind.

Zippel verfolgt vor allem zwei Ziele: Erstens will sie zeigen, welche institutionellen Faktoren für die Ausgestaltung feministischer Politikinhalte in verschiedenen nationalstaatlichen und supranationalen Kontexten verantwortlich sind. Zum zweiten möchte sie Kriterien identifizieren, die für eine Evaluierung der bisherigen Praxis von staatlichen und gerichtlichen Stellen sowie der ArbeitgeberInnen herangezogen werden können. Insbesondere das sechste Kapitel, in dem sie die bisherige Praxis der staatlichen und nicht-staatlichen AkteurInnen evaluiert und die wichtigsten Ergebnisse ihrer Analyse in vergleichender Perspektive aufeinander bezieht, ist ausgesprochen gelungen. Zippel hat nicht nur eine empirisch fundierte Analyse vorgelegt, sie hat den Forschungsstand zum Thema durch ihre komparative, interdisziplinäre und institutionenbezogene Perspektive entscheidend erweitert und nicht zuletzt durch

ihre schlüssige Argumentationsweise eine Publikation vorgelegt, die auch für die Anwendung in der Praxis wertvolle Erkenntnisse liefert.

Kathrin S. Zippel, 2006: The Politics of Sexual Harassment. A Comparative Study of the United States, the European Union, and Germany. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 255 S., ISBN 978-0-521-609944.

Markt, MigrantInnen und Mittelmangel: Soziale Risiken in einem marktbestimmten Staat

DORIAN WOODS

Zwei neue Publikationen sind erhellend für die Erklärung der Phänomene, mit denen sich Wohlfahrtsstaaten in (post-)modernen Gesellschaften konfrontiert sehen, besonders für das Verständnis der sich ändernden Konstellationen von Geschlechterverhältnissen und neuen sozialen Risiken. Der Sammelband **Cash for Care in Developed Welfare States** herausgegeben von *Claire Ungerson* und *Sue Yeandle* eint Analysen über nationale Finanzierungspolitik für Sorgebedarfe in ausgewählten Ländern. Der Fokus der Politik liegt dabei auf Sorgebedarfe für Ältere. **Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung** von *Helma Lutz* zeigt für Deutschland, wie (vor allem weibliche) MigrantInnen auf dem illegalen Markt den Betreuungsnotstand auffangen. Beide Bücher stehen für Studien, welche als besonders innovativ, topaktuell und neuartig innerhalb ihrer Disziplinen betrachtet werden können.

Ungerson und Yeandle erstellen einen Rahmen zum Verständnis der Variationen in „Cash for Care"-Arrangements und deren Nachhaltigkeit. In dem Band werden sieben Länder und ihre Programme evaluiert: Deutschland (Ulrike Schneider, Carlos Reyes), Frankreich (Claude Martin, Blanche Le Bihan), Großbritannien (Sue Yeandle, Bernadette Stiell), Italien (Christiano Gori, B. Barbara Da Roit), die Niederlande (Marja Pijl, Claire Ramakers), Österreich (August Österle, Elisabeth Hammer) und die USA (Sharon M. Keigher). Die AutorInnen der verschiedenen Länderkapitel beantworten folgende Kernfrage: Wo und inwieweit verfolgen Länder die Ziele der Kosteneindämmung, der Lösung des Pflege- und Sorgebedarfs sowie der Stärkung der Verbraucher? Viele der „Cash for Care"-Modelle wurden in den 1990er Jahren in Zusammenhang mit einer Rhetorik der Modernisierung entwickelt, bei der die Stärkung des Verbraucherschutzes und der individuellen Wahlmöglichkeiten für die eigene Versorgung und „Autonomie", sich zu Hause pflegen zu lassen, angepriesen wurden. Die Ergebnisse verweisen auf Ambivalenzen: Die Qualität von Sorge- und Pflegearbeit wird unterschiedlich eingeschätzt und es ist strittig, ob Angehörige für ihre Pflegearbeit bezahlt werden sollen. Auch die staatliche Politik der Vergabe von

Zulassungen und Professionalisierung des Pflegepersonals ist zweischneidig: So wird Personal vielfach prekär beschäftigt, gleichzeitig werden punktuell auch gut bezahlte Pflegekräfte professionell beschäftigt. Darüber hinaus ist erschreckend, dass zum Beispiel in Italien Sorgearbeitende die „Cash for Care"-Zahlungen nutzen (müssen), um ihre eigene Armut zu mildern. Der Fall USA zeigt, dass pflegebedürftige Arme von Armen versorgt werden. In beiden Ländern sind Sorgearbeitende hinsichtlich ihrer eigenen sozialen und gesundheitlichen Risiken hochgradig gefährdet.
Die Kapitel zu Frankreich, Italien und Deutschland sind ausgesprochen überzeugend hinsichtlich der Analyse und Erklärung der politischen Agenda und der Prozesse. Einige andere Kapitel behandeln nahezu jedes Detail der „Cash for Care"-Programme, doch fehlt es ihnen an eigener Analyse, was nachträglich von den Herausgeberinnen in einer gut durchdachten Reflexion zu den „Cash for Care"-Maßnahmen hinzugefügt wird. Die Herausgeberinnen kommen zu dem Schluss, dass die „Cash for Care"-Programme sehr wahrscheinlich als Bestandteil von Wohlfahrtsstaaten in Zukunft bestehen bleiben und sich etablieren werden. Es wird aber in diesen Programmen einen Zielkonflikt zwischen der kurzfristigen Sicherstellung der notwendigen Sorge- und Pflegearbeit und dem langfristigen Ziel der staatlichen Haushaltskonsolidierung geben. Die Autorinnen Ungerson und Yeandle konstatieren, dass keines der untersuchten sieben Länder als „best practice"-Beispiel dienen kann. An dieser Stelle lässt sich fragen, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, andere Länder für den Vergleich heranzuziehen. So gelten insbesondere Belgien mit seinem Gutscheinsystem und Schweden mit der Regulierung von haushaltsnahen Dienstleistungen als vorbildlich. LeserInnen werden am Ende des Buches mit Antworten (aber auch mit Fragen) zu Qualitäts- und Risikomanagement, Professionalisierung und zur Frage, wie der „Schwarzmarkt" durch Politikmaßnahmen getragen und erhalten wird (siehe Italien, USA und Österreich), angeregt.
Die Büchse der Pandora (hinsichtlich enthaltender Risken) öffnend, analysiert *Lutz* die illegale Migration im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen in Deutschland anhand von Interviews mit Haushaltshilfen und ihren ArbeitgeberInnen. Ziel des Buches ist es zu erforschen, wie sich die Begegnung von ArbeitergeberInnen und ArbeiternehmerInnen in diesem Tätigkeitsfeld gestaltet, wie die Kommunikations- und Beziehungsstrukturen und die Identitäten konstruiert werden und wie es zu Netzwerkbildung und einer transnationalen Lebensführung kommt. Die Studie ist die erste umfangreiche deutsche Untersuchung zu diesem Thema und sehr relevant: Der informelle haushaltsnahe Sektor repräsentiert sämtliche Schwachstellen der Wohlfahrtsstaatenforschung. So entwickelt sich die untersuchte Problematik zum zentralen Ausgangspunkt der Analyse des Informellen und Formellen, des Privaten und Öffentlichen, der Überschneidung von Beschäftigung und Care-Arbeit, Regulierung und Nicht-Regulierung sowie der Spannungen hinsichtlich Gerechtigkeit bezogen auf Geschlecht, Ethnizität und Klasse.
Lutz entwickelt ihre Fallstudien anhand verschiedener Kategorien wie Haushaltsarbeit als Job, Beziehungsarbeit im Haushalt, transnationale Mutterschaft und das

Leben als undokumentierte, also von den Behörden nicht erfasste MigrantIn, die sie als illegal bezeichnet Es bleibt jedoch unklar, welche Analyseebene untersucht wird, da die Autorin dazu tendiert, Globalisierungs- und Länderaspekte sowie persönliche Hintergründe der MigrantInnen zusammen zu diskutieren. An manchen Stellen wird die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen MigrantInnen nicht deutlich. Gelegentlich hat man auch das Gefühl, dass die Autorin in ihren Ausführungen bereits davon ausgeht, dass die LeserInnen über den Hintergrund von Diskussionen informiert sind. Sie erwähnt z.B. die Intersektionalitätsanalyse mit nur kurzem Verweis, dabei wäre es interessant gewesen die Idee des „doing ethnicity" in ihrem Kontext ausführlicher zu behandeln. Darüber hinaus wären weitergehende Überlegungen zu Identität und Identitätstheorien aufschlussreich und wichtig für die Identitätsforschung insgesamt gewesen, zumal dies eines der erklärten Ziele des Buches war. Lutz porträtiert die illegalen MigrantInnen – ob sie nun unter schwierigen Bedingungen bei ihren Arbeitgebern wohnen und arbeiten oder Geld zu ihren Kindern und Verwandten in ihre Heimat schicken – im Hinblick auf Emotionen und ihre geleistete Beziehungsarbeit.

Das Aufkommen von stärkeren Marktprinzipien im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen und die zunehmende soziale Ungleichheit werden in der Studie deutlich. Dennoch war es gelegentlich schwierig die (faszinierenden) Informationen der empirischen Studie zu interpretieren und für weitere Analysen ertragreich zu machen. So werden Fürsorge- und PflegeempfängerInnen gleichzeitig zu VerbraucherInnen und ArbeitgeberInnen. In Deutschland werden inländische Frauen, als Verwandte von Care-EmpfängerInnen, aufgefordert Care-Arbeit zu übernehmen und dennoch besteht ein Bedarf an (illegalen) MigrantInnen in diesem Bereich. Worin liegt die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen MigrantInnen? Worin unterscheiden sich ArbeitgeberInnen und Care-EmpfängerInnen? In welchem Zusammenhang steht dies zu Diskussionen über freie Märkte und der Macht der Diskriminierung? Die beiden Bücher zeigen die aufkommenden, neuartigen Problematiken des Wohlfahrtsstaates und den Anfang einer neuen Analyse der postmodernen Wohlfahrtsstaatsrisiken im Kontext von Herausforderungen wie Rassismus und Sexismus in einem marktbestimmten Staat.

Claire Ungerson, Sue Yeandle (Hg.), 2007: Cash for Care in Developed Welfare States. Basingstoke, Hampshire: Palgrave, 224 S., ISBN 10-1403935521.

Helma Lutz, 2007: Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen: Barbara Budrich, 226 S., ISBN 10-3-86649-011-9.

Ursula Degener, Beate Rosenzweig (Hg.)

Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven

ALEXANDRA MANSKE

Der Band geht auf eine Tagung des Arbeitskreises „Politik und Geschlecht" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft im Juni 2005 zurück. Die 18 überwiegend deutschsprachigen Beiträge sollen den Stand der feministischen Debatte um die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit deutlich machen. Die Neuverhandlung bestehe darin, dass in der Politik und teilweise auch in der Wissenschaft der Abschied vom Sozialmodell der Umverteilung als unausweichlich annonciert wird. Was tritt nun an die Stelle eines keynesianischen Gerechtigkeitsmodells und wie ist dieser Wandel aus feministischer Perspektive zu bewerten? Dieser Frage geht der Band auf drei Ebenen nach. Er umfasst sieben Theoriebeiträge, vier Artikel zum Thema Globalisierung und europäische Integration sowie sieben Beiträge zu den Auswirkungen von sozialstaatlichen Reformen auf die Geschlechterverhältnisse. Leider können hier aus Platzgründen nicht alle Artikel erwähnt werden. Die einleitend von den Herausgeberinnen formulierten Thesen bieten einen guten Überblick zu den nachfolgenden Beiträgen.

Nancy Fraser macht als Protagonistin der feministischen Gerechtigkeitsdebatte den theoretischen Einstieg. Sie beschäftigt sich mit dem US-Feminismus seit den 1960er Jahren und kategorisiert davon ausgehend drei allgemeine und historische Phasen des Feminismus. Im Kern entsprechen diese ihrer Konzeption von Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation. Ihre gute Nachricht ist, dass nach der „Unhappy Marriage of Culturalism and Neoliberalism" (41) in den 1980er Jahren nun wieder alles in herrschaftskritischen Bahnen verlaufe, da die gegenwärtige Phase, der „transnationale Feminismus", „soziale Gerechtigkeit" rekonfiguriere, indem er die drei Ebenen von sozialer Gerechtigkeit ausbalanciere (49). Der sehr lesenswerte Artikel von *Susanne Lettow* stellt anti-egalitaristische, egalitäre Gerechtigkeitskonzepte sowie die Honneth-Fraser-Kontroverse einander gegenüber. Lettow zeigt, wie sich in den erstgenannten Debatten Strategien einer diskursiven Politisierung und Entpolitisierung überlagern (65). *Friederike Habermann* fragt, wie gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklungen mit Hilfe des Hegemoniebegriffs von Gramsci und weiterführend mit Mouffe und Laclau gefasst werden können. *Regina Kreide* plädiert für einen normativen Bezugsrahmen feministischer globaler Gerechtigkeit in Anlehnung an Forsts minimales Gerechtigkeitsprinzip (144).

Im zweiten Teil des Bandes konstatiert zunächst *Brigitte Young*, dass „Marktfundamentalismus" (152) und „ökonomische Arpartheid" ethnische und geschlechtsspezifische Züge tragen (152). *Regina Maria Dackweiler* berichtet über eine „neue Mobilisierungsstufe der globalen Frauenbewegung" (183), das transnationale Akti-

onsnetzwerk Frauenweltmarsch gegen Armut und Gewalt. Durch dessen doppelte Agenda – Armut von und Gewalt gegen Frauen – werde deutlich, dass und wie sich Frasers dualistisches Gerechtigkeitsprinzip in der politischen Praxis artikuliere und zugleich den nationalstaatlichen Bezugsrahmen überwinde (188). *Ines Hofbauer* und *Gundula Ludwig* plausibilisieren anhand einer Dokumentenanalyse der Europäischen Kommission die These, dass sich Gender Mainstreaming in markt- und wettbewerbspolitische Prinzipien einordnet und damit charakteristisch ist für gegenwärtige neoliberale Umbauprozesse (211).

Den dritten Abschnitt eröffnen *Birgit Riegrafs* Ausführungen über den Wandel des neuseeländischen Sozialmodells. Es folgen teils kontroverse Einschätzungen über die Effekte der Reformen im deutschen Sozialmodell von *Clarissa Rudolph*, *Helga Ostendorf*, *Dagmar Baatz* und *Heidi Schroth*, *Sabine Berghahn* u.a., *Sigrid Leitner* sowie *Diana Auth*. Tenor ist, dass es derzeit in den unterschiedlichen Politikfeldern widerstreitende Tendenzen gibt, die auch zu divergierenden Einschätzungen veranlassen (vgl. z.B. Ostendorf vs. Rudolph). Reformen in der Familienpolitik kratzen zwar, so Leitner, an der Tradition des männlichen Ernährermodells (335), demgegenüber halten die Hartz-Reform, so die Argumentation von Berghahn u.a., am männlichen Ernährermodell fest (317).

Der Sammelband liefert einen breiten Überblick über verschiedene Aspekte von sozialer Gerechtigkeit. Allerdings erschließt sich nicht bei allen Beiträgen, mögen sie auch für sich genommen interessant sein, was der Konnex zu sozialer Gerechtigkeit ist. Hilfreich wäre es daher gewesen, wenn die Herausgeberinnen begriffstheoretische sowie analytische Hilfestellung zur Auswahl der Beiträge gegeben hätten. Obgleich also der/die LeserIn den Zusammenhang zum Leitthema teilweise selbst rekonstruieren muss, bietet der Band einen teils hervorragenden Überblick über das Thema und angrenzende Problemstellungen.

Ursula Degener, Beate Rosenzweig (Hg.), 2006: Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag, 364 S., ISBN 10-3-531-15055-3.

Demographischer Wandel und Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht

ANNELI RÜLING

Der demographische Wandel ist seit einigen Jahren prominentes Thema in der öffentlichen Debatte in Deutschland. Nicht selten sind damit konservative Positionen verknüpft, die angesichts des – überspitzt formuliert – drohenden „Aussterbens" der Deutschen das Ende eines fehlgeleiteten Emanzipationswillens der Frauen fordern. Im Hinblick auf diese Positionen ist eine feministische Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel und Bevölkerungspolitik längst überfällig und sehr zu begrüßen.

Die beiden vorgestellten Sammelbände verfolgen dabei je unterschiedliche Perspektiven: Während das von *Peter Berger* und *Heike Kahlert* herausgegebene Buch **Der demographische Wandel** die Art der Problematisierung des demographischen Wandels an sich kritisiert und vermeintliche Mythen und Zusammenhänge mit Veränderungen der Geschlechterverhältnisse aus sozial- und familienpolitischer Perspektive aufdeckt, beschäftigt sich der von *Diana Auth* und *Barbara Holland-Cunz* herausgegebene Sammelband **Grenzen der Bevölkerungspolitik** stärker mit den Möglichkeiten und Grenzen bevölkerungspolitischer Steuerungsversuche in historischer und international vergleichender Perspektive.

Der erste Teil des Bandes „Der demographische Wandel" thematisiert die Debatte um Demographie aus ideologiekritischer Perspektive. *Diana Hummel* zeigt Widersprüche und Gleichzeitigkeiten der demographischen Diskurse in den Industrie- und Entwicklungsländern auf. Besonders aufschlussreich ist der Aufsatz von *Christoph Butterwegge*, der eine zunehmende Demographisierung und somit Naturalisierung sozialpolitischer Probleme aufzeigt, die verteilungspolitische Konflikte überdecken. *Regina-Maria Dackweiler* kritisiert in ihrem Beitrag demographische Vorstellungen über das „Fertilitätsverhalten" von Frauen vor dem Hintergrund traditioneller Wohlfahrtspolitiken.

Im zweiten Teil geht es um das „Problem" der Kinderlosigkeit, das *Günter Burkart* auf eine grundlegende Verunsicherung von Männern und Frauen aufgrund zunehmend komplexer biographischer Lebensentwürfe und Paardynamiken zurückführt. Im sehr gelungenen empirischen Beitrag wird von *Waltraud Cornelißen* die Diskrepanz zwischen einer Zunahme von Kinderwünschen bei der jüngeren Generation und deren mangelnder Realisierung analysiert. In historischer Perspektive zeigt *Ilona Ostner* die Entwicklung geschlechterpolitischer Paradigmen der Familienpolitik der Bundesrepublik und der DDR zwischen Familialisierung und Entfamilialisierung auf.

Der dritte Teil thematisiert die Zusammenhänge zwischen Familie, Arbeitsteilung und Zeitpolitik. In einem europäisch vergleichenden Beitrag vertritt *Hans Bertram* die von anderen AutorInnen des Buches kritisierte These, dass eine nachhaltige Familienpolitik die Geburtenentwicklung fördern könne. *Ute Klammer* zeigt in einem

aufschlussreichen konzeptionellen Beitrag Perspektiven einer lebenslauforientieren Sozialpolitik auf, wie der „rush hour of life“ in der Lebensmitte entgegengewirkt werden kann. *Alexandra Scheele* argumentiert, dass sich der konstatierte demographische Wandel bisher nicht positiv auf geschlechtsspezifische Arbeitsmarktpositionen ausgewirkt hat und fordert eine Umverteilung unbezahlter Reproduktionsarbeiten. *Heike Kahlert* regt schließlich eine stärkere Befassung mit dem „Privaten“ und der Familie in der Frauen- und Geschlechterforschung an und formuliert dafür Forschungsdesiderata.

Der Sammelband „Grenzen der Bevölkerungspolitik“ befasst sich stärker mit den Möglichkeiten und Grenzen bevölkerungspolitischer Steuerung. Das Buch beginnt mit einer historischen Einordnung. *Ursula Ferdinand* stellt verschiedene Theorien zum Geburtenrückgang aus den 1930er Jahren dar. Für die NS-Zeit beschreibt *Barbara Willenbacher* Elemente pro- und antinatalistischer Steuerungen in der Familienpolitik, speziell anhand von Ehestandsdarlehen. Im Anschluss geht es um die aktuelle Diskussion. *Barbara Holland-Cunz* analysiert den „Alarmismus“ der öffentlichen Debatte über demographischen Wandel und vergleicht diesen mit Katastrophenszenarien der Klima-Thematik. Sie identifiziert einen antifeministischen Kulturpessimismus im Diskurs. *Diana Auth* kritisiert eine Ökonomisierung und Instrumentalisierung von Frauen im Rahmen der „nachhaltigen“ Familienpolitik mit bevölkerungspolitischer Stoßrichtung.

Es folgen Beiträge mit internationaler Perspektive: *Bettina Rainer* findet anhand der Diskurse zur globalen „Bevölkerungsexplosion“ und des demographischen Wandels heraus, dass sich die Erwünschtheit von Fertilität an sozialen Kriterien orientiert. *Juliane Roloff* nimmt die Familienpolitik und Geburtenentwicklung im deutsch-deutschen Vergleich in den Blick und äußert sich skeptisch zu den Wirkungen pronatalistischen Politik. *Corinna Onnen-Isemann* vergleicht Frankreich und Deutschland und argumentiert, dass in Frankreich durch Gleichstellungs- und Familienpolitik das Abfallen der Geburtenrate gestoppt worden sei.

In zwei stärker konzeptionellen Beiträgen analysiert *Jutta Träger* Familienmodelle und Arbeitsteilung in der Familienpolitik; sie untersucht, welche Formen der Arbeitsteilung durch Familienpolitik gefördert werden. *Diana Hummel* weitet den Blick schließlich auf das gesellschaftliche Naturverhältnisse am Beispiel der Bevölkerungspolitik und stellt fest, dass im Hinblick auf die ökologische Belastung die demographische Entwicklung nur ein Einflussfaktor unter vielen ist, die Faktoren jedoch insgesamt gesellschaftlich gestaltet werden müssen.

Zusammenfassend bewerten die meisten Beiträge die Einflussmöglichkeiten einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik als stark, die einer pronatalistische Politik hingegen aber sehr skeptisch. Aus den historischen und internationalen Vergleichen lassen sich kaum Einflüsse der Familienpolitik auf die Geburtenziffer konstatieren – lediglich auf den Zeitpunkt der Geburten im Lebenslauf. „Die Menschen hatten noch nie dem Staat zuliebe, sondern nur im ureigensten persönlichen Interesse Kinder“ (142), so das zugespitzte Fazit von Rohloff.

Im Vergleich können die beiden Sammelbände thematisch als komplementär gesehen werden. Der Sammelband von Auth und Holland-Cunz ist enger fokussiert, teilweise deskriptiv und lässt in einigen Beiträgen eine feministische Perspektive vermissen. Im Gegensatz dazu zeigt der Band von Berger und Kahlert eine größere Vielfalt von Positionen auf; der analytische Ertrag dieses Buches liegt in der Entmystifizierung des demographischen Wandels sowie im Aufzeigen geschlechterpolitischer Ambivalenzen und analytischer Perspektiven für die Frauen- und Geschlechterforschung.

Diana Auth, Barbara Holland-Cunz (Hg), 2007: Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 200 S., ISBN 978-3-88649-047-5.

Peter A. Berger, Heike Kahlert (Hg.), 2006: Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York: Campus, 312 S., ISBN 978-3-593-38194-7.

Martina Tißberger, Gabriele Dietze, Daniela Hrzán, Jana Husmann-Kastein (Hg.)

Weiß – Weißsein – Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus

INA KERNER

Seit einigen Jahren werden Ansätze der ursprünglich US-amerikanischen *Critical Whiteness Studies* auch im deutschen Sprachraum rege diskutiert. Auffallenderweise stellen die meisten Publikationen, die bei uns zu diesem Themenkomplex erschienen sind, eine explizite Verbindung zu Geschlechterfragen her. Das ist auch bei dem jüngsten der bislang vorliegenden Sammelwerke der Fall, ediert von Wissenschaftlerinnen aus dem Umfeld der Gender Studies an der Berliner Humboldt-Universität. Das Buch umfasst zwölf Aufsätze – sechs auf Deutsch, sechs auf Englisch – die mit je unterschiedlichen disziplinären Schwerpunktsetzungen und anhand verschiedener Untersuchungsgegenstände ausloten, worin der Mehrwert wissenschaftlicher Analysen und antirassistischer Arbeit bestehen kann, die entweder explizit mit der Kategorie „weiß" operieren, oder aber sich Einsichten der *Critical Whiteness Studies* implizit zu Nutze machen, indem sie diese neu kontextualisieren und gegebenenfalls modifizieren. Denn dass der gesellschaftliche *Umgang* mit „rassischen" Kategorien diesseits und jenseits des Atlantiks divergiert, darauf könnten sich wohl auch diejenigen Autorinnen des Bandes einigen, die dies nicht eigens anmerken. Breiter ist das Spektrum in dem Band versammelter Positionen jedoch hinsichtlich der Frage, wie es um die kontextspezifischen *Bedeutungen* „rassischer" Unterscheidungen und Denkmuster bestimmt ist – und folglich der Frage, welche Bedeutung dem Projekt der kritischen Weißseinsforschung im deutschen Sprachraum zukommen sollte.

So geht es *Martina Tißberger*, die mit zwei Texten vertreten ist, vor allem darum zu zeigen, dass Whiteness ein konstitutives, wenn auch nur selten offenbares Moment der Begriffe und Konventionen von Psychologie und Psychoanalyse darstelle. Da die De-Thematisierung von Whiteness einer De-Thematisierung weißer Privilegien gleichkomme, verhindere sie zugleich antirassistische Arbeit; kritische Wissenschaft und Politik sollten daher Weißsein und seine Wirkungen überhaupt erst einmal auf die Agenda setzen.

Nanna Heidenreich stellt in ihrem Beitrag visuelle Aspekte des „deutschen Ausländerdiskurses" in den Mittelpunkt (203). Sie vertritt die These, dass sich der semantische Gehalt des „Rasse"-Begriffs im Laufe seiner Tabuisierung im Nachkriegsdeutschland auf Begriffe wie „Volk", „Kultur" und vor allem „Ausländer" verschoben habe. Dass es sich hier um eine Verschiebung handle, werde zugleich verdrängt – der Begriff „Ausländer" evoziert zunächst einmal Bedeutungen im Zusammenhang von Staatsbürgerschaft. „Ausländerfeindlichkeit" jedoch funktioniert in der Regel ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit – eher ist „deutsches" oder eben auch „undeutsches" Aussehen ihre Richtschnur. Deutsch-Sein bestimmt sich daher, Heidenreich zufolge, „auch über das ‚Weißsein'" (209).

Gabriele Dietze ist hingegen skeptisch, dass Weißsein die „zentrale Produktivkraft neuer europäisch/deutscher Rassismen" hinreichend erklären kann – und stellt den *Critical Whiteness Studies* daher ihren Ansatz des „Kritischen Okzidentalismus" an die Seite. Im Anschluss an postkoloniale Theorien fasst Dietze dieses Programm als „hegemonie(selbst)kritische Perspektive", die das Herstellen einer okzidentalen, abendländischen Norm über ihr markiertes Anderes, namentlich ein „orientalisch Anderes", kritisiert beziehungsweise dekonstruiert. Damit bezieht sie explizit jene Formen von Rassismus mit ein, die sich weniger am Aussehen von Personen orientieren als an ihren vermeintlichen kulturellen Attributen.

Jana Husman-Kastein wiederum vertritt die weitreichende These, dass sich im Zuge der Säkularisierung die mit dem Hellen, dem Licht assoziierte Symbolik des Göttlichen auf „weiße" Menschen übertragen habe – dabei wurde in einem ersten Schritt das „europäische Vernunftsubjekt (...) symbolisch weiß", bevor in einem zweiten Schritt Weißsein zur „rassischen", d.h. anthropologischen Kategorie erklärt wurde (45). Entstanden sei im Laufe der Zeit das „symbolische Zuordnungsschema Schwarz-Weiblich-Materie versus Weiß-Männlichkeit-Geist", das noch heute im Kontext des Rassismus Bedeutung habe (56).

Während ein derart weit gestellter Fokus in erster Linie Kontinuitäten beleuchtet, interessiert sich *Nado Aveling* eher für die Spezifika lokaler Ausprägungen von Whiteness und vergleicht zu diesem Zweck Australien – mit seinem multikulturellen Selbstverständnis – und Deutschland. In Interviewsituationen führten Fragen über Weißsein in beiden Kontexten zu Unbehagen und Abwehrreaktionen; allerdings schienen Diskussionen über nationale Zugehörigkeit in Australien – anders als in Deutschland, wo affirmative Bezüge auf die Nation ebenso wie die auf Weißsein meist rechtsnational konnotiert sind – weniger aufgeladen als bei uns.

Vron Ware thematisiert die Möglichkeiten, durch individuelles Handeln rassistische Schwarz-Weiß-Differenzierungen herauszufordern, womöglich aufzuweichen – und empfiehlt zu diesem Zweck vor allem persönliche Interaktionen „rassisch" unterschiedlich klassifizierter Personen. Mit Blick auf die angelsächsische *Whiteness Studies*-Literatur warnt sie davor, mit vereinfachenden Täter-Opfer-Dichotomisierungen zu arbeiten, wenn etwa unterstellt wird, weiß kategorisierte Personen hätten quasi automatisch ein Interesse an der Aufrechterhaltung weißer Suprematie.

Das Zusammenspiel von „Gender und Rassismus", das der Untertitel des Sammelbandes nahe legt, wird besonders in den Texten von *Isabell Lorey*, *Sabine Broeck* und *Daniela Hrzán* explizit. Die Politologin Lorey vertritt die These, der Mainstream der deutschsprachigen Frauen- und Geschlechterforschung kranke daran, den weiblichen Körper ausschließlich als geschlechtlichen und nicht immer auch als rassifizierten oder ethnisierten Körper zu bestimmen. Damit verknüpft sei die Prämisse einer generellen gesellschaftlichen Abwertung von Frauen. Laut Lorey führt diese verbreitete Denkfigur zu analytischen Kurzschlüssen. Nicht zuletzt die deutlich unterschiedlichen Implikationen der modernen Bevölkerungs- bzw. Biopolitik für weiße und nicht-weiße, für inländische und „ausländische" Frauen gerate dadurch aus dem Blick. Die Situation weißer deutscher Frauen sei mitnichten allein durch die Figur der gesellschaftlichen Abwertung zu fassen – vielmehr seien sie „*gleichzeitig* durch Privilegien und Diskriminierung gesellschaftlich zu positionieren" (73).

Dieselbe Stoßrichtung leitet die Argumentation von Broeck, die den weißen Gender Studies an deutschen Universitäten dringend anempfiehlt, selbst-reflexiv die Implikationen ihrer modernen Subjektkonzepte zu hinterfragen, deren Herausbildung eng mit der Geschichte von Kolonialismus und Sklaverei verknüpft sei. Hrzán schließlich konkretisiert die Kritiklinie von Lorey und Broeck mit Blick auf feministische Diskurse über *Female Genital Cutting*. Sie plädiert für selbst-reflexive anthropologische Studien, die nicht nur die einschlägige lokale Wissensproduktion einbeziehen, sondern auch die spezifische Rolle weißer WissenschaftlerInnen im Forschungsprozess kritisch beleuchten.

Dass Konzepte und Einsichten der *Critical Whiteness Studies* für die unterschiedlichsten Einzelanalyen produktiv gemacht werden können, zeigt sich nicht zuletzt auch an den Beiträgen von *Michaela Wünsch* und *Kathrin Sieg*. Während Wünsch der Frage nachgeht, wie es um die Repräsentation weißer Männlichkeit im Horrorfilm bestellt ist, beschäftigt sich Sieg mit den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg und thematisiert, inwieweit die dort gezeigten Aufführungen mit ihren Identifikationsfiguren Old Shatterhand – dem an Gerechtigkeit orientierten, außergewöhnlichen Deutschen – und Winnetou – dem edlen, der Unterwerfung trotzenden Wilden – in der Nachkriegszeit dazu angetan waren, die nationalsozialistische Schuld zu überdecken.

Betrachtet man die zwölf Beiträge aus *Weiß – Weißsein – Whiteness* im Zusammenhang, so fällt zweierlei auf: Erstens, dass die Bedeutung, die der Kategorie „weiß" im deutschen Sprachraum zukommt und zukommen sollte, keinesfalls ausgemacht ist. Es

tut sich hier also ein weites Forschungsfeld auf, in dem es unter anderem darum gehen sollte, ob die weitgehende Verabschiedung „rassischer" Kategorisierungen, wie wir sie in Reaktion auf den Holocaust erlebt haben, tatsächlich ein Problem darstellt oder sich nicht vielleicht doch als Potential erweisen könnte. Zweitens wird deutlich, dass sich intersektional angelegte feministische Analysen offenkundig lohnen. Für einen Sammelband in einem noch jungen Arbeitsfeld ist das sehr viel.

Martina Tißberger, Gabriele Dietze, Daniela Hrzán, Jana Husmann-Kastein (Hg.), 2006: Weiß – Weißsein – Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus/Critical STudies on Gender and Racism. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang, 251 S., ISBN 978-3-631-54823-3

Bücher, die zur Rezension angefordert werden können

Amir-Moazami, Schirin, 2007: Politisierte Religion. Der Kopftuchstreit in Deutschland und Frankreich. Bielefeld: Transcript.

Baer, Susanne/**Hildebrandt**, Karin (Hg.), 2007: Gender Works! Gender Mainstreaming: Gute Beispiele aus der Facharbeit. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang.

Müller, Johannes/**Kiefer**, Mattias (Hg.), 2007: Frauen – Gewinnerinnen – Verliererinnen der Globalisierung? Neue Herausforderungen für eine Gender-gerechte Weltordnung. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Rai, Shirin (Hg.), 2007: Mainstreaming Gender, Democratizing the State? Institutional Mechanisms for the Advancement of Women. Edison, NY: Transaction Publishers.

Squires, Judith, 2007: The New Politics of Gender Equality. Houndsmill: Palgrave.

Young, Brigitte (Hg.), 2007: Die politische Ökonomie des Dienstleistungsabkommens (GATS). Gender in EU und China, Baden-Baden: Nomos.

Zimmermann, Karin/**Metz-Göckel**, Sigrid, 2007: „Vision und Mission" – Die Integration von Gender in den Mainstream europäischer Forschung. Wiesbaden: VS Verlag.

Sammelrezensionen

Baer, Susanne/**Lepperhoff**, Julia (Hg.), 2007: Gleichberechtigte Familien? Wissenschaftliche Diagnosen und politische Perspektiven. Bielefeld: Kleine Verlag.

Rüling, Anneli, 2007: Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen. Politik der Geschlechterverhältnisse: Band 35, Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.

Moghadam, Valentine M., 2007: From Patriarchy to Empowerment: Women's Participation, Movements, and Rights in the Middle East, North Africa, and South Asia. Syracuse, NY: Syracuse University Press.

Waylen, Georgina, 2007: Engendering Transitions. Oxford: Oxford University Press.

Aulenbacher, Brigitte/**Funder**, Maria/**Jacobsen**, Heike/**Völker**, Susanne (Hg.), 2007: Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.

Scheele, Alexandra, 2007: Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung, Münster: Westfälisches Dampfboot.